

# Sozialismus.de

Heft 9-2017 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Detlef Hensche: Das Urteil  
des BVerfG zur Tarifeinheit  
Reinhold Riebl/Michael  
Braun: IGM-Tarifrunde 2018

Beiträge von

Alban Werner,  
Frank Deppe, Alexander  
Häusler/Rainer Roeser,  
Joachim Bischoff/Björn Radke,  
Thomas Kuczynski u.a.



Forum  
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### US-Präsident ohne rechts-populistische Strategen?



Stephen Bannon hat seinen Job als Chefstrategie des US-Präsidenten aufgegeben; er gilt mit Stephen Miller als Architekt der »America-First«-Strategie. Der Mitgründer der rechtskonservativen Internet-Plattform Breitbart war vor Beginn der Endphase des Wahlkampfs 2016 zum Team Trump gestoßen. ...

### »England ist verloren« (Mick Jagger)



Die nächste Runde der Austrittsverhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich steht an. Die nervöse Auseinandersetzung in Britannien in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima geht weiter. ...

### Schattenseiten



Die gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt weiter für Rekorde auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Im Juni 2017 waren rund 44,2 Mio. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung. ...

### Wahlkampf in einer »aus den Fugen geratenen Welt«

Alban Werner: Glanz und Elend des »Ja, aber-Konservatismus« ..... 2

Frank Deppe:

Wahlparty auf der »Insel der Glückseligen« ..... 7

### AfD als sozialpopulistische rechte »Arbeiter«-Partei?

Alexander Häusler/Rainer Roeser: Rechte Normalisierung?

Die AfD vor dem Einzug in den Deutschen Bundestag ..... 13

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:

Chancen des Rechtspopulismus in der »Berliner Republik« ..... 20

### Internationale Konflikte um Parteien & Konstitutionen

Klaus Bullan:

Südafrika 2017 – Ende einer Epoche? ..... 26

Holger Politt: Verfassungsstreit in Polen ..... 33

### Die Linke und die Gewaltfrage

Joachim Bischoff/Björn Radke: Massenproteste und militante Gewalt

Der G20-Gipfel und die Folgen ..... 37

## Forum Gewerkschaften

Detlef Hensche: Vom Versuch zu reparieren, was nicht zu reparieren ist

Das Bundesverfassungsgericht zum Tarifeinheitsgesetz ..... 43

Reinhold Riebl/Michael Braun: Über »Kurze Vollzeit« zur Arbeitszeitverlängerung? Anmerkungen zur Entwicklung eines Forderungskonzepts der IG Metall zur Tarifrunde 2018 ..... 50

Otto König/Richard Detje: Das Schummel-Kartell. »Diesel-Gate« und die Widerstände, auf neue Mobilitätskonzepte umzuschalten ..... 53

OKG: »Put the movement back in the labor movement« ..... 56

### 150 Jahre »Das Kapital«

Thomas Kuczynski: »Es gibt keinen Königsweg für die Wissenschaft ...«

Eine Textausgabe des »Kapital, die Marx forderte, aber nicht mehr realisieren konnte ..... 57

### Besprechung | Impressum | Veranstaltungen | Film

Michael Wendt: Politische Ökonomie des Gesundheitssystems (zum Buch von Hartmut Reiners »Privat oder Kasse?«) ..... 65

Impressum ..... 41

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Marion Fisch: Das ist unser Land! (Filmkritik) ..... 69

### Supplement

Bernd Riexinger/Lia Becker

### For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle!

Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis

# Verfassungstreit in Polen

von ■ Holger Politt



Protest gegen die Verfassungsänderung, 24.7.2017, Warschau (dpa)

gänger seien, die eigentlich das schöne Sommerwetter nutzen und eher zufällig in die Proteste geraten seien. Doch derselbe Minister meinte an anderer Stelle wieder ganz ernst, die Opposition habe im Juli versucht, die Regierung zu stürzen. Schnell hat Kaczyński das entsprechende Wort gefunden – er und seine Leute sprechen jetzt gerne von der sogenannten totalen Opposition, die ein unberechenbares Wesen zu sein scheint, dem aber alles zuzutrauen ist. Anders gesagt, dem Parteivorsitzenden Kaczyński geht es, wenn er vom Teufel spricht, gar nicht so sehr um die äußere Welt, vielmehr treiben ihm die Vorgänge im eigenen Land die Sorgenfalten in die Stirn. Was aber ist los in Polen?

## Mit Paukenschlägen zu den »guten Veränderungen«

Zwei Paukenschläge gleich hatten Polens Nationalkonservative 2015 die entscheidenden politischen Machtpositionen unter ihre Kontrolle gebracht. Andrzej Duda, der direkt gewählte Sieger der Präsidentschaftswahlen, war der Kandidat des eigenen Lagers und brachte den sieggewohnten Wirtschaftsliberalen nach vielen Jahren die erste deftige Wahlschlappe bei. Alle Welt sah nunmehr in Jarosław Kaczyński den Meister, der das Unwahrscheinliche wahr werden ließ. Kurzerhand kürte dieser Beata Szydło, die die Duda-Kampagne gemanagt hatte, zur Spitzenkandidatin der Nationalkonservativen für die Parlamentswahlen, die im Herbst folgten. Der Triumph konnte nicht größer sein, denn erstmals seit 1990 gelang es einer Gruppierung, die absolute Mehrheit der Parlamentssitze zu erobern. Wieder war es Jarosław Kaczyński, der die Siegeslorbeeren einheimste, und es wurde im Spätherbst 2015 schnell klar, dass sowohl Staatspräsident Duda als auch Ministerpräsidentin Beata Szydło allenfalls die Rol-

Es hat schon höhere Weihe, wenn PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński plötzlich den Teufel ins Spiel bringt: »Wir sind wirklich diejenigen, die übriggeblieben sind, was aber nicht bedeuten soll, dass unsere Festung dann auch erobert werden wird. Wir müssen sie verteidigen für Polen, für die Polen und für Europa. Einfach für die Menschheit. Ich will mir jetzt nicht eine mir nicht zustehende Rolle anmaßen, aber der Teufel treibt sich schon rum in der Welt.« Diese Worte sagte er, kurz nachdem die überraschend starke Protestwelle gegen die Regierungspolitik vom Juli 2017 abgeebbt war, dem katholischen Radiosender »Radio Maryja«, der aus sei-

ner Feindschaft zur liberalen Welt und zur Europäischen Union keinen Hehl macht. An anderer Stelle sprach Kaczyński von einem ernsthaften Aufstand, von einem Übergriff der Barbarei.

Solch deftige Worte verdeutlichen einerseits die unerwartete Dynamik und Kraft der Protestwelle, andererseits die Ratlosigkeit, die sich im Regierungslager schnell breitzumachen begann. Polens Innenminister Mariusz Błaszczak erklärte etwa auf dem Höhepunkt der Proteste, als landauf, landab Hunderttausende Menschen auf die Straße gingen, es sei eben Urlaubssaison, so dass die meisten derjenigen, die sich jetzt versammelten, eher Abendspazier-

*Holger Politt ist Mitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Warschau. Von ihm und Krzysztof Piławski erschien 2016 bei VSA das Buch: »Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken«. Siehe dazu auch ihren Beitrag in Sozialismus 11/2016: »Zusammengesetzte Identität. Grundlagen des Nationalkonservatismus in Polen«.*

len wichtiger Figuren im großen Spiel des Parteivorsitzenden zufallen, sie eher Staffage denn gleichwertige Akteure sein werden.

Ein trefflicher Name für das Spiel hatte sich alsbald gefunden – die »guten Veränderungen« wurde das Kind getauft. Wer tiefer schaute, nahm sogleich wahr, wie sehr der Parteivorsitzende diesmal auf das Tempo drückte, denn mit den als unerlässlich beschriebenen Systemveränderungen sollte nicht lange gewartet werden. Doch für die breite Öffentlichkeit wurde zunächst ein Sozialprogramm nach vorne geschoben, das es tatsächlich in sich hatte, zumindest im Vergleich zu den sozialpolitischen Optionen der vielen Vorgängerregierungen seit 1990. Schnell wurde ein gesetzliches Kindergeld eingeführt, generell ab dem zweiten Kind, bei einkommensschwachen Familien auch bereits ab dem ersten Kind. Die umgerechnet etwa 125 Euro monatlich pro Kind sind, vor allem ins Verhältnis gesetzt zu den durchschnittlichen Löhnen, kein Kinkerlitzchen. Außerdem ist es die umfassendste sozialpolitische Maßnahme seit den Wendejahren. Auch bei anderen Wahlversprechen – etwa der Rücknahme einer umstrittenen »Rentenreform« – hielten die Nationalkonservativen Wort, weshalb Polens bekanntester Sozialrebell, Piotr Ikonowicz, mit Nachdruck darauf verweist, dass die Szydło-Regierung seit vielen Jahren die erste Regierung sei, die ihre sozialen Wahlversprechen auch einlöse.

Doch die Schattenseite folgte auf dem Fuß. Die »guten Veränderungen« entpuppten sich in ihrem Kern als scharfer Angriff auf die bestehende Verfassungsordnung, insbesondere bezüglich des unabhängigen Gerichtswesens und der Medienwelt. Aus den öffentlich-rechtlichen Kanälen wurden handstreichartig »nationale Medien«, die – so die Kritik der Opposition seither – eher Verlautbarungsorganen für die einzig zugelassene Wahrheit gleichen und mitnichten noch dem gesetzlichen Informationsauftrag folgen.

Aber ebenso schnell wie der Schatten bildete sich der öffentliche Protest heraus – hier hatte sich der große Strategie im Parteivorsitz gründlich verrechnet. Eigentlich hatte er erwartet,

dass die Nationalkonservativen auch auf der Straße in der Vorhand bleiben würden. Patriotische und auf die nationale Identität ausgerichtete Lösungen sollten Volkes Stimmung doch besser oder leichter treffen als hochkomplexe Verfassungsfragen oder etwa die Anbindung des Landes an die trockene Brüsseler EU-Bürokratie. Hier irrte Kaczyński gründlich, denn neben dem EU-Blau wurde der Aufruf zur Verteidigung der Verfassung zum Markenzeichen der Massenproteste gegen die Regierungspolitik. Höhepunkt waren nun die zurückliegenden Juli-Tage, als in ganz Polen in Hunderten von Städten die Menschen auf die Straße gingen mit dem Ausruf »Konstytucja!« – um Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sowie die EU-Mitgliedschaft zu verteidigen. Um die Dimension erahnen zu können, sei hinzugefügt, dass Polen seit den »Solidarność«-Tagen von 1980/81 keine solch lebendige, viele unterschiedliche Bevölkerungsteile erfassende Protestwelle erlebt hatte. Der Ärger, nein: der Schock bei den Regierenden ist also verständlich.

### Die Rolle des obersten Verfassungshüters

Andrzej Duda ist nominell Polens oberster Verfassungshüter. Doch bereits in seiner Wahlkampagne hatte er unumwunden zugegeben, die geltende Verfassung überwinden zu wollen. Dass er dennoch zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, gehört zu den vielen Ungereimtheiten anno 2015. Also stürmte der eigenartige Verfassungshüter gleich nach vorne und erklärte nun im Frühjahr dieses Jahres dem erstaunten Volk, am 11. November 2018 ein Referendum abhalten zu wollen – in der Verfassungsfrage. Die kecke Begründung lieferte er mit: Er habe bei der Stichwahl mehr Stimmen vereinen können als für die Verfassung von 1997 abgegeben worden seien! Deshalb wolle er nun den 100. Jahrestag der Wiederherstellung Polens, die im November 1918 erfolgt war, nutzen, um mit einer Volksbefragung wieder Bewegung in die Verfassungsfrage zu bringen. Ein Plan so recht nach dem Geschmack Kaczyńskis, denn um an der geltenden Verfassung zu rütteln,

braucht es im Parlament die Zweidrittelmehrheit, die Polens Nationalkonservative allerdings nicht zusammenbringen. Während deshalb die Kaczyński-Partei auf der parlamentarischen Ebene mit einzelnen Gesetzen den Verfassungsgeist konsequent auszuhöhlen sucht, geht der Staatspräsident in die Vollen – versteht er sein Amt doch offensichtlich als das eines Verfassungsgebers. So der Stand bis zu den Juli-Protesten, die nun einiges in dem eingeübten Spiel durcheinanderbrachten.

Drei Gesetze, die gravierend in die Gewaltenteilung eingreifen, sollten noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch die Instanzen geboxt werden. Die Zielscheibe bildeten das Oberste Gericht, der Landesrichterrat und der Grundsatz unabhängiger Gerichte als solcher. Die Judikative sollte – allgemein gesagt – stärker an die Kandare von Exekutive und Legislative gelegt werden. Im Tempo der Gesetzesmacher gingen allerdings auch die Menschen auf die Straße, um Verfassung, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Schließlich gab Präsident Duda dem Druck der Straße nach und verweigerte am 24. Juli die Unterschrift wenigstens unter zweien der drei Gesetzesnovellen. Kaczyński schickte umgehend die Ministerpräsidentin, den Sejm-Marschall und den Senats-Marschall in das Präsidentenamt, die nun ihrerseits wie treue Sendboten Duda mitteilten, er habe eine Stunde Zeit, den Fehler zu korrigieren! Der ließ die vom Parteivorsitzenden eingeräumte Zeit verstreichen und erklärte abends in einer Fernsehansprache auf einem privaten Kanal seinen Landsleuten die Beweggründe. Zur selben Zeit sprach im ersten Programm der »nationalen Medien« Beata Szydło, die ganz in Kaczyńskis Sinne beteuerte, das Regierungslager werde an seinen Plänen festhalten.

Seither wird in Polen gerätselt, was der überraschende Schritt Dudas für sein künftiges Verhalten gegenüber Kaczyński zu bedeuten habe, denn immerhin gab er ja ausdrücklich zu, die Unterschrift verweigert zu haben, weil nicht alle Bedenken ausgeräumt seien, ob die beiden vorgelegten Gesetze mit dem Verfassungsgebot übereinstimm-

ten. Zugleich kündigte er an, selbst in absehbarer Zeit entsprechende Gesetzesvorschläge vorzulegen. Wie dem auch sei, erstmals nahm die breite Öffentlichkeit die Risse im bislang so geschlossen wirkenden Regierungslager wahr, die interessanterweise dort entlanglaufen, wo die Verfassungsväter von 1997 sie auch haben wollten! Der direkt gewählte Staatspräsident soll nicht bloßer Erfüllungsgehilfe einer parlamentarischen Mehrheit sein. Er soll gewissermaßen zumindest aus der Perspektive der Zweidrittelmehrheit auf die öffentlichen Dinge schauen – also, wie es so schön heißt, der Präsident möglichst aller Landeskinder sein. Nie wäre es denen übrigens in den Sinn gekommen, dass Polens Wählerschaft schließlich Zwillingenbrüder in die höchsten Machtpositionen hineinwählt, so wie es 2006/2007 Lech und Jarosław Kaczyński vorgemacht hatten. Das sei angeführt, weil in dieser Zeit das Verständnis entscheidend geprägt worden ist, mit dem Jarosław Kaczyński auf die Rolle des Präsidenten schaut.

## Unerbittlicher Streiter gegen ein deutsches Europa

Der PiS-Parteivorsitzende gebraucht übrigens ein weiteres Argument, wenn er öffentlich gegen die geltende Verfassung zu Felde zieht. Zwar habe Polens Bevölkerung seinerzeit abstimmen können und ein mehr oder weniger deutliches Ja zur Verfassung gesagt, aber damals – etliche Jahre vor dem EU-Beitritt von 2004 – habe ja noch niemand wissen können, was die EU-Mitgliedschaft eigentlich bedeute. Heute hingegen könne eingeschätzt werden, dass diese Verfassung nur ungenügend vor den Zumutungen aus Brüssel schütze, weshalb sie ersetzt werden müsse durch eine, die zeitgemäßer sei. Neidisch wird er diesbezüglich nach Ungarn schauen, denn Viktor Orbán musste nicht erst eine alte, unliebsame Verfassung aus dem Feld räumen, ihm genügte das Versprechen, überhaupt erst einmal eine Verfassung ins Leben zu rufen, die der Wirklichkeit Ungarns seit 1990 gerecht werde. Dass diese dann den strammen nationalkonservativen Zuschnitt bekam, lag tatsächlich an der Verfassungsmehrheit, die



Geschichtspropaganda in Warschau, August 2017 (Foto: Holger Politt)

das Orbán-Lager im ungarischen Parlament hatte. Kaczyński hingegen muss das Eisen schmieden, solange es im Feuer ist. Dafür indes braucht es den treuen, verlässlichen Präsidenten.

Was spricht aus Sicht Kaczyńskis gegen die Verfassung? Im Kern ist es der liberale Geist, der stört, denn das Verfassungswerk wurde ganz auf dem optimistischen Ausblick gegründet, der die 1990er Jahre auszeichnete – dem Ausblick auf die bevorstehenden Mitgliedschaften im transatlantischen Militärbündnis und in der Europäischen Union. Nach dem Vorbild gefestigter westlicher Demokratien wurden Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, die Gewaltenteilung sowie die Rechte von Minderheiten festgeschrieben. Souverän, so die Präambel, seien alle Bürger, sowohl diejenigen, die an Gott als der Quelle von Wahrheit und Gerechtigkeit, vom Schönen und Guten glaubten, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilten. Kaczyński

lehnt die Präambel ab, er will stattdessen den klaren und eindeutigen Gottesbezug. Die Präambel sieht er eher als ein gefährliches Einfallstor, durch das sich Kräfte bestärkt fühlten, die Polens nationale Identität untergraben wollten. Und die Verfassung von 1997 ist für ihn ein Werk derjenigen, die 1989 am Runden Tisch saßen, um auszuhandeln, dass die »Kommunisten« zwar die Macht abgeben mussten, dafür immerhin mit heiler Haut davonkommen konnten. So ist für ihn die Verfassung von 1997 schlichtweg das Werk von Verrat! Alles Weitere ergibt sich daraus.

Ein Dorn im Auge der Kaczyński-Anhänger sind vor allem die Fortschritte, die in jenen Bereichen seit dem EU-Beitritt erreicht worden sind, die mit der abfälligen Bezeichnung Genderideologie in den Augen einer Mehrheit verächtlich gemacht werden sollen. Eine Speerspitze im Kampf gegen diese »gefährliche«, aus Brüssel gelenkte »Ideologie« ist der oben erwähnte Hörfunk-

kanal »Radio Maryja«. Ein anderer beliebter Anlass, um Brüssel in der polnischen Öffentlichkeit den schwarzen Peter zuzuschieben, ist die EU-Klima- und Energiepolitik bzw. deren Zielsetzungen. Polens Energiewirtschaft basiert zu über 80% auf Kohleverstromung, allein in der Steinkohle sind noch knapp 90.000 Menschen beschäftigt – mehr als in allen anderen EU-Ländern zusammengerechnet! In besonderer Weise ist das Revier um Katowice, das frühere Oberschlesien, betroffen. Eine Region von über drei Millionen Menschen, in der insgesamt mehrere hunderttausend Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Steinkohleförderung abhängen. Die faktisch nicht aufzuhaltende Umstrukturierung hat Ausmaße, wie sie in Deutschland das Ruhrgebiet kennt. Die Nationalkonservativen hatten 2015 versprochen, jeden Kohlearbeitsplatz gegen die Angriffe aus Brüssel zu verteidigen. Und überhaupt wird der EU-Integration vorgeworfen, dass von der – zugestanden – wirtschaftlichen Entwicklung in erster Linie große internationale Konzerne profitiert hätten, polnisches Kapital habe sich nicht im gleichen Maße entwickeln können. Deshalb spricht Kaczyński gerne von einer zweiten, nunmehr polnischen Welle des Kapitalismus, wofür aber das bisherige Herangehen an die EU-Integration aufgegeben werden müsse. Das sei aber mit der jetzigen Verfassung nur bedingt möglich, weil sie eben die riesengroßen Schlupflöcher zulasse, mit denen Polens nationale Integrität untergraben werde. Und so geht es weiter, kaum ein Bereich wird ausgelassen. Es herrscht Konjunktur für schiefen und übersteigerten Patriotismus, für offen herausgekehrten Nationalismus, für ein naiv dummes Beschwören der nationalen Identität usw.

Wenn die Nationalkonservativen auf Brüssel verweisen, meinen sie häufig Berlin, denn die deutsche Karte ist viel leichter zu spielen und in der Öffentlichkeit greifbarer. Ingeheim wird also der Vorwurf eines »deutschen Europas« lanciert, was nach der Brexit-Entscheidung, aber auch nach der Griechenland- und der Flüchtlingskrise gar nicht so schwer fällt. Als Strohmann des »deutschen Europas« muss dann die so-

genannte totale Opposition erhalten, deren Verhalten also fast an nationalen Verrat heranreicht. Als Donald Tusk im Frühjahr erneut zum EU-Ratspräsidenten gewählt wurde, ließ Kaczyński seine Ministerpräsidentin dagegen stimmen. In der Begründung wurde Tusk ein »deutscher« Kandidat genannt, dem die polnische Regierung natürlich nicht zustimmen brauche. Schaut man zurück auf die Geschichte der sogenannten EU-Osterweiterung von 2004, dann wird schnell klar, welch tragende Rolle dabei den stabilen und verlässlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zukam. Die Oder-Neiße-Grenze zwischen beiden Ländern wurde zu einem ganz wichtigen Stützpfiler der EU-Integration. Jetzt meinen einige im Kaczyński-Lager, die Logik ließe sich umdrehen: Mit der EU-Mitgliedschaft im Rücken müsste oder könnte die Position des Landes gegenüber Deutschland gestärkt werden, so als ob Polen auf dem bisherigen Weg seit 2004 Gefahr laufe, unter die deutschen Räder zu geraten.

Nicht gerüttelt wird dabei allerdings an den engen Wirtschaftsbeziehungen, denn die braucht es, um das gegenwärtige Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts von jährlich über 3% beizubehalten. Aber in einem anderen Bereich soll jetzt so etwas wie gleiche Augenhöhe durchgesetzt werden – in der Geschichtspolitik. Hierfür ein kleines Beispiel, wie ungeschminkt dabei vorgegangen wird. Bei einem internationalen Fußballspiel in Warschau Anfang August schmückten die politisch rechts stehenden Fans die eine Tribünenseite im Gedenken an den Warschauer Aufstand, der am 1. August 1944 ausgebrochen war. Auf dem Bild war ein Wehrmachtsoffizier zu sehen, der einem polnischen Kind die Pistole an die Schläfe drückt. Unter der übergroßen Darstellung stand in Englisch: »Während des Warschauer Aufstands ermordeten die Deutschen 160.000 Menschen. Unter ihnen waren tausende Kinder.« Alles stimmt, das Bild wie die mitgeteilten Fakten. Die Aufmerksamkeit in den Medien war entsprechend groß – auch im Ausland. In vielen Beiträgen wurde anderntags die Aktion ausdrücklich gelobt, denn end-

lich habe die Welt zur Kenntnis genommen, wie es um die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen tatsächlich bestellt sei. Die Botschaft heißt also, Deutschland habe noch viel gutzumachen im gemeinsamen Verhältnis. Die gemeinsame Mitgliedschaft in der EU ändere daran wenig, es sei überhaupt Polen, das eine gemeinsame EU-Mitgliedschaft ermögliche. Das ist die Logik, die in der Frage der deutsch-polnischen Beziehungen derzeit vom Kaczyński-Lager vertreten wird.

## Schluss

Jarosław Kaczyński hatte 2005 bis 2007 regiert, als ob er sich der absoluten Mehrheit im Parlament sicher sein konnte. Er ignorierte völlig die Belange der beiden anderen Koalitionspartner, die er einfach an die Wand drückte. Das Scheitern war unausweichlich. Der Parteichef lässt nun regieren, als ob die Nationalkonservativen die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament sicher in der Tasche hätten. Er liebt den Angriff, das Überreizen, die Überrumpelung, den Bluff. Er und seine Anhänger behaupten, die »totale Opposition« wolle die Regierung stürzen, denn die demonstrativ herausgehobene Verfassungsfrage und das EU-Blau seien nur vorgeschoben. Sie seien der Schleier, hinter dem die ungebremsste Machtgier der »totalen Opposition« lauere. Vielleicht aber schätzt er die Mehrheitsverhältnisse in seinem Land wieder einmal falsch ein, denn wenn Menschen in Massen auf die Straße gehen, um die Verfassung gegen die Regierung zu verteidigen, reicht es nicht, sich auf den Teufel zu berufen.

Übrigens hatte Polens Nationaldichter Adam Mickiewicz in den 1840 bis 1844 gehaltenen Pariser Vorlesungen über slawische Literatur einst ein wunderbares Gleichnis angeführt: Der Teufel beobachtet, wie die Menschen die Saat ausbringen. Nachdem sie das Feld verlassen haben, macht er sich ans Werk – er drückt die Körner tief in die Erde ein.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_  
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

